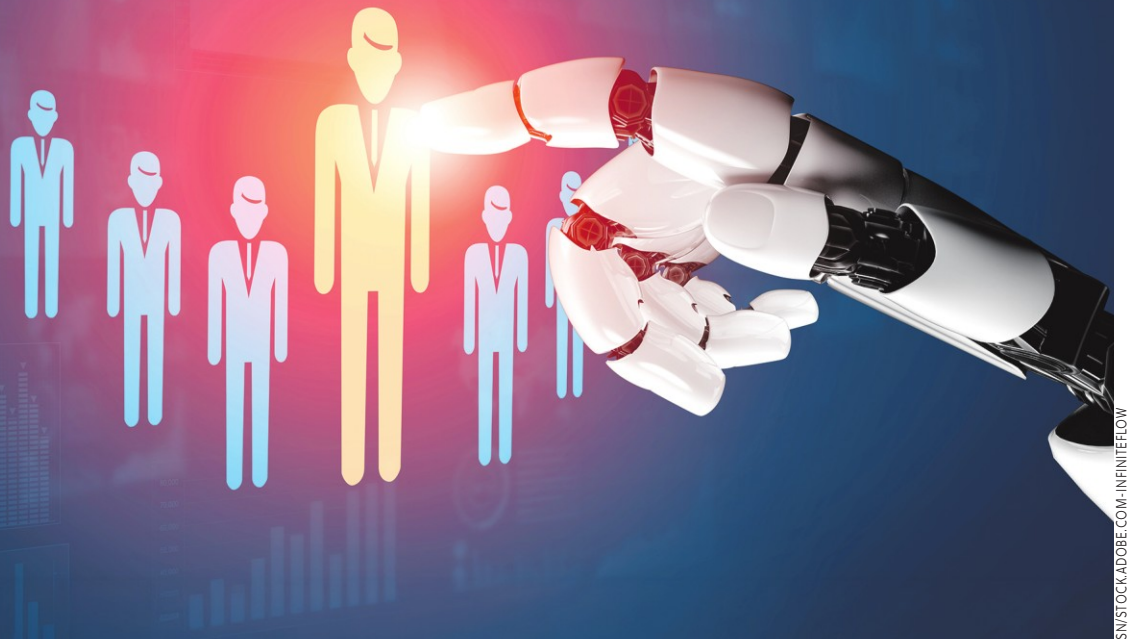


Wenn Maschinen Menschen mieten



Menschen nehmen Aufträge von Maschinen an: Was nach Science-Fiction klingt, ist bereits Realität. Wolfgang Haszler hat sich auf einer solchen Jobplattform angemeldet. Seine ersten Erfahrungen zeigen, wie holprig der Start ist. Aber bleibt das so?

IRIS BURTSCHER

WIEN, SALZBURG. Der Wiener Wolfgang Haszler ist im Hauptberuf Intensivpfleger, im Nebenberuf Programmierer, und nun hat er ein weiteres Standbein: Er lässt sich von KI-Agenten buchen. Zumindest theoretisch. Künstliche Intelligenz (KI) entwickelt sich rasch. Aber ihr Wirkungsbereich endet, wo das echte Leben beginnt. Über die Plattform rentahuman.ai können KI-Agenten nun echte Menschen buchen, um analoge Aufgaben zu erledigen: Packerl abholen zum Beispiel, Schlange stehen oder mit Menschen reden. KI-Agenten sind digitale Systeme, die mehrstufige Aufgaben erledigen können und dabei auch Entscheidungen treffen, etwa beim Onlineeinkauf. Aber eben nur online. „Die KI kann kein Gras berühren. Du schon“, wirbt die Plattform rentahuman.ai, was übersetzt so viel heißt wie „Miete einen Menschen“.

Ist das nun wirklich der Anfang vom Ende? Herrscht die Maschine bald über den Menschen? Ganz so glatt läuft es noch nicht: Denn auf der Plattform tummeln sich derzeit vor allem Menschen. Mehr als 650.000 haben sich laut Angaben der Betreiber bereits registriert. Einer davon ist Wolfgang Haszler: Für 21,50 Euro pro Stunde könnte ein KI-Agent ihn beauftragen. Gebucht wurde er bislang noch nicht.

„Die Plattform steckt noch in den Kinderschuhen“, erzählt der Entwickler. Angemeldet habe er sich primär aus Neugierde und auch, um seine Powernap-App zu bewerben. „Aktuell findet hier vor allem Mensch-zu-Mensch-Interaktion



„Die Plattform steckt noch in den Kinderschuhen.“

Wolfgang Haszler, KI-Agent

statt. Ich denke, KI-Agenten agieren noch nicht autonom genug für den kompletten Prozess“, sagt er. Auch sein Versuch, sich bei einer KI für eine Aufgabe zu bewerben – mehrere Sekunden lang seine Hände zu filmen –, scheiterte. In Onlineforen mehren sich kritische Stimmen. Viele warten vergeblich auf Auf-

traggeber. Dass sich das künftig ändern könnte, glaubt Haszler schon: „Die Idee ist gut, aber die Zeit vielleicht noch nicht reif dafür.“

Ausgelöst hat den weltweiten Hype um KI-Agenten ein Oberösterreicher: Peter Steinberger programmierte in Eigenregie die öffentlich zugängliche Plattform OpenClaw, mit der man persönliche KI-Assistenten am eigenen Computer installieren kann. Millionen Menschen haben das bereits getan. Die Agenten können das Gerät bedienen wie ein Mensch, auf Dateien zugreifen und Büroarbeit erledigen. Zur Euphorie über OpenClaw gesellen sich aber auch Kritik und Berichte über Sicherheitslücken. Denn um autonom handeln zu können, haben KI-Agenten weitreichende Rechte: Sie können auf E-Mails zugreifen, Nachrichten verschicken, Geld überweisen oder Dateien löschen. Für Cyberangreifer bietet das, wenn ein Eindringen ins System gelingt, ungeahnte Möglichkeiten. Auch ohne Hacker kann es problematisch werden, wie jüngst eine KI-Sicherheitsforscherin erlebte. Summer Yue ist Managerin beim Technologiekonzern Meta und berichtete darüber, dass ihr OpenClaw-Agent auf ihrem privaten Gerät anfing, ihre E-Mails zu löschen, statt sie zu sortieren. Ihre Hinweise, damit aufzuhören, ignorierte er. Die einzige Lösung: vom

Büro nach Hause rennen und den Computer ausschalten.

Steinberger hat die großen KI-Riesen jedenfalls unter Zugzwang gebracht. ChatGPT-Entwickler OpenAI hat den Oberösterreicher mittlerweile abgeworben. Nvidia-Chef Jensen Huang pries Steinbergers Erfindung als „wahrscheinlich wichtigsten Software-Release aller Zeiten“. Gerade in China boomt OpenClaw. Dort stehen Menschen stundenlang Schlange, um sich von Experten beim Installieren des Programms helfen zu lassen. Der Trend wird in China als „Hummer züchten“ bezeichnet: OpenClaw hat das Krustentier als Logo. Tencent, der Anbieter der in China populären „Allzweck-App“ WeChat, hat vor wenigen Tagen verkündet, das Programm direkt in die App zu integrieren. Eine Milliarde aktive Nutzerinnen und Nutzer haben somit nun die Möglichkeit, sich in WeChat direkt mit OpenClaw zu verbinden.

Auch Zahlungsanbieter hegen große Hoffnungen. Der US-Abwickler Visa startete nun die ersten Versuche in Österreich: Partnerbanken können mit ausgewählten Händlern von KI-Agenten initiierte Zahlungen testen. In Österreich sind die Erste Bank und die Raiffeisen Bank International an Bord. „KI-Agenten werden zunehmend verändern, wie Menschen einkaufen“, sagt Visa-Managerin Stefanie

Ahammer. Im ersten Schritt gehe es darum, zu validieren, dass von KI-Agenten initiierte Zahlungen sicher seien. Die Transaktionen würden immer einer realen Person zugeordnet, damit diese die Kontrolle über die Zahlung behält.

Christine Bauer, KI-Expertin an der Uni Salzburg, rät, solche Systeme bewusst einzusetzen. „Es ist nachvollziehbar, dass Organisationen handeln wollen. Wer zu lange wartet, riskiert wirtschaftliche Nachteile.“ Dennoch bleibe der Einsatz mit großer Verantwortung verbunden. Nur dem Trend zu folgen, weil alle gerade „irgendwas mit KI“ machen, kann erhebliche negative Folgen haben“, sagt die Professorin für „Interactive Intelligent Systems“. Der Einsatz von KI-Agenten könne viel Effizienz bringen, berge aber auch Risiken. „Oft sind mehrere Agenten im Einsatz, die miteinander kommunizieren. Dadurch verliert man leicht den Überblick darüber, wohin die eigenen Daten tatsächlich fließen.“ Einzelne Datenpunkte sind meist unproblematisch. „Aber ihre Kombination kann sehr aussagekräftig sein. Wenn man regelmäßig mit solchen Systemen interagiert, gibt man viele Informationen über sich preis, aus denen sich weitreichende Rückschlüsse ziehen lassen, die auch für andere Zwecke verwendet werden können.“

EU-Kommission will Emissionshandel für Industrie lockern

Überschüssige CO₂-Zertifikate sollen nicht aus Handelssystem gelöscht, sondern als Puffer zurückgehalten werden.

BRÜSSEL. Die hohen Energiepreise plagten die EU nicht erst seit der Eskalation in Nahost. Der Angriff der USA und Israels auf den Iran und dessen Gegenschläge in den Golfstaaten haben den Handlungsdruck aber deutlich erhöht. Die Kommission hat am Mittwoch nach Zurufen aus den Mitgliedsstaaten einen ersten Vorschlag für Änderungen im Emissionshandelssystem ETS vorgelegt. Das ETS ist eines der zentralen Instrumente der EU, um die Treibhausgasemissionen kontinuierlich zu reduzieren. Seit 2005 schreibt es beim CO₂-Ausstoß eine Obergrenze für Energieversorgungsunternehmen und die Schwerindustrie vor. Davon betroffen sind zum Beispiel Stahl-, Ze-

ment- und Chemikalienhersteller. Wer mehr CO₂ ausstößt als zugeteilt, muss über das ETS gehandelte Zertifikate zukaufen.

Konkret geht es in dem Vorschlag um die sogenannte Marktstabilitätsreserve. Die soll Preisschwankungen im ETS ausgleichen. Wenn ein Überschuss an Zertifikaten im Umlauf ist, werden diese aus dem Handel genommen und als Reserve zurückgehalten. Das soll einen Preisverfall unterbinden, damit der Anreiz aufrecht bleibt, weiter in Maßnahmen zur Dekarbonisierung zu investieren. Ab einem gewissen Schwellenwert – bisher 400 Millionen – werden die angehäuften Zertifikate aus dem ETS gelöscht. Diesen Mechanismus will die EU-Be-

horde nun außer Kraft setzen. „Im Grunde behalten wir mehr Zertifikate in der Reserve als bisher vorgesehen, um künftig mögliche Preisvolatilität besser steuern zu können“, begründete ein Kommissions-

Voestalpine warnt vor wirtschaftlichen Folgen

beamter. Nun seien die Mitgliedsstaaten und das EU-Parlament am Zug. „Je früher dieser Vorschlag angenommen wird, desto mehr Zertifikate werden davor bewahrt, ungültig zu werden, und desto größer wird die ‚Feuerkraft‘ der Marktstabilitätsreserve sein.“

Damit soll es nicht getan sein. Derzeit steht eine turnusgemäße

Evaluierung des ETS an. Österreichs Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) hat mit den Staats- und Regierungschefs aus neun anderen Staaten beim EU-Gipfel im März darauf gedrängt, noch stärker in den Emissionshandel einzugreifen. Bis 2034 sollen die bisherigen Gratiszuweisungen von Zertifikaten schrittweise auslaufen. Stocker und seine Verbündeten wollen den Stopp nach hinten verlegen. Der aktuelle Kurs sei „zu steil und übermäßig ehrgeizig“, lautete die gemeinsame Linie. Wegen der hohen Energiepreise sei der derzeit vorgesehene Pfad ein „existenzielles Risiko“ für strategisch wichtige Sektoren.

Dazu zählt die Stahlindustrie. Die Voestalpine hat im vergangenen

Herbst mit Dutzenden anderen Konzernen eine Fristerstreckung von der Kommission verlangt. Ansonsten drohten „massive wirtschaftliche und ökologische Nachteile für Europa“. Die Voest gab an, seit Einführung des ETS vor 20 Jahren 1,2 Milliarden Euro für Verschmutzungsrechte ausgegeben zu haben, rund ein Sechstel davon allein im Geschäftsjahr 2024/2025. Durch das geplante Abschmelzen der Gratiszertifikate würde der Mehrbedarf bis inklusive 2034 ein bis zwei Milliarden Euro ausmachen, wodurch Ausgaben für die Dekarbonisierung der Stahlproduktion „wirtschaftlich nicht mehr möglich“ wären, teilte der Konzern im Oktober mit.

sendl